

09.03.2022: Durch die Fenster eines gerade im Bahnhof Przemysł angekommenen Zuges sind die Hände von Geflüchteten zu sehen.

Bedrückende Gleichzeitigkeit

Seit einigen Jahren reist Raphael Knipping an die Außengrenzen der Europäischen Union. Anfangs noch als freiwilliger Helfer, bald schon als freier Journalist. In Wort und Bild dokumentiert er, was sich in diesen Grenzregionen seit 2015 verändert. Erstaunt hält er beispielsweise fest, wie radikal unterschiedlich Behörden die Geflüchteten je nach Herkunftsland behandeln.



07.10.2015: Zákány, Ungarn: Ein Freiwilliger reicht Geflüchteten aus dem Nahen Osten, die gerade die Grenze von Kroatien nach Ungarn überquert haben, eine Wasserflasche an das Zugfenster.



27.10.2015: Im Ort Preševo an der serbisch-mazedonischen Grenze stehen Geflüchtete unter freiem Himmel stundenlang in einer Schlange, um ein serbisches 72-Stunden-Visum zu bekommen.





23.02.2022: Das abgebrannte und zerstörte ehemalige Geflüchtetenlager Moria auf der griechischen Insel Lesbos.



07.03.2022: Die Empfangshalle des Bahnhofs Przemysł in Polen. Von hier aus reisen Geflüchtete, die mit dem Zug aus der Ukraine angekommen sind, weiter.



07.03.2022: Vermummte polnische Polizisten helfen einer Frau mit Kind am Bahnhof Przemyśl über die Gleise.



09.03.2022: In einem zum Transitzentrum

**ДОПОМОГА ТВАРИНАМ
ПОМОС DLA ZWIERZĄT
HELP FOR ANIMALS**

Schronisko Orzechowce
37-712 Orzechowce 3

☎ 787 212 469, 0048 166 20707

ВЕТЕРИНАРНА
ПОМОЦЬ

ЗА
ДО
К



Ein Raum für ukrainische Geflüchtete umgebauten ehemaligen Einkaufszentrum in Przemyśl wurde ein Stand ausschließlich zur Versorgung der Haustiere aufgebaut.

Es ist ein bitterkalter Tag Ende Februar. Zwischen einigen Hütten, mit den für Grenzregionen typischen Duty-Free-Shops und mehreren Parkplätzen von Gebrauchtwagenhändlern stauen sich einige hundert Menschen auf einem schmalen gepflasterten Weg. Sie warten darauf, mit einem Bus weitertransportiert zu werden. Hauptsächlich Frauen und Kinder stehen in dieser Schlange. Mit Rucksäcken bepackt, tragen sie Koffer in ihren Händen und manche haben einen Hund oder Transportboxen mit Katzen dabei. Ein paar Meter entfernt bereitet eine Gruppe Männer mit Warnwesten einen Eintopf in einer Gulaschkanone zu. Der Rauch und Qualm von Lagerfeuern und zu Feuerstellen umfunktionierten Ölfässern beißen in der Nase. Immer wieder kommen neue Gruppen von Menschen den Weg entlang. Sie alle sind aus der Ukraine geflohen und betreten hier in der polnischen Einöde die Europäische Union (EU). Für diese Menschen ist der Grenzübergang Medyka der rettende Schritt in Sicherheit.

Mir kam dieser Anblick bekannt vor, denn seit vielen Jahren reise ich an die Außengrenzen der Europäischen Union. Dabei erlebe ich immer wieder mit Staunen, wie kleine, eigentlich unbedeutende Orte plötzlich zu Drehkreuzen und Aufenthaltsorten für Flüchtende und Helfende werden und nach einiger Zeit wieder in der Bedeutungslosigkeit verschwinden.

Staatsbedienstete schauten untätig zu

2015 fuhr ich ins ungarische Zákány. Die kleine Gemeinde mit weniger als tausend Einwohner*innen liegt direkt an der Grenze zu Kroatien. Neben den Gleisen des Güterbahnhofs packten wir tage- und nächtelang Essenspakete und reichten sie den meist aus dem Nahen Osten stammenden Geflüchteten, die aus Kroatien kommend mit Zügen weiter nach Zentraleuropa reisten. Die zehn Minuten Aufenthalt im Güterbahnhof genügten den wenigen freiwilligen Helfer*innen gerade mal dafür, um den ausgehungerten und durstigen Menschen an den Zugfenstern Wasser und Essen zuzuwerfen.

Wenige Tage später fuhr ich ins serbische Preševo. Über Nordmazedonien geflohene Schutzsuchende

mussten sich hier für ein serbisches 72h-Visum in eine Warteschlange einreihen. Tage- und nächtelang standen sie auf offener Straße. Teils bei Temperaturen knapp über null Grad und strömendem Regen. Ohne die freiwilligen Helfenden wären dort vermutlich Menschen erfroren. Die Behörden schauten lediglich untätig zu.

2020 reiste ich nach *Moria*. Ein Name, der mittlerweile traurige Berühmtheit erlangt hat. So steht er doch sinnbildlich für das Versagen europäischer Migrationspolitik. Eigentlich ist das beschauliche Dorf Moria auf der griechischen Insel Lesbos bekannt für sein gut erhaltenes römisches Aquädukt. Eher zufällig verlieh es dem nebenan errichteten Geflüchteten-Lager seinen Namen. Nach fünf Jahren mit unmenslichen Bedingungen brannte es 2020 vollständig nieder. Im Frühjahr 2022 erinnern nur noch verkohlte Trümmer an die Behausungen und Container, die einst 20.000 Menschen ihr

Zuhause nannten. Zákány, Preševo oder Moria. Alle diese Orte wurden für mich exemplarisch zum Ausdruck der Würdelosigkeit im Umgang mit flüchtenden Menschen in Europa. Überforderte Nicht-Orte. Unvorbereitet auf diese große Anzahl von Menschen. Für mich war klar: Dieser so reiche Kontinent schien meist nicht in der Lage, Schutzsuchenden human zu begegnen.

Seit dem 24. Februar 2022, dem Start der Invasion Russlands in die Ukraine, sind neue, vorher wenig bekannte Orte auf der Landkarte der Fluchtrouten aufgetaucht. Etwa Przemysł oder Medyka. Die polnische Kleinstadt und der etwa 15 km entfernte Grenzübergang zur Ukraine sind für mehr als 3,2 Millionen fliehende Ukrainer*innen der erste Anknüpfungsort in der EU geworden. Die Menschen kommen entweder direkt mit Zügen im Bahnhof Przemysł an oder laufen zu Fuß über die Grenze in Medyka.

Vermummte Polizist*innen helfen eifrig mit

Als ich den Grenzübergang einige Tage später wieder besuchte, staunte ich. Etwas war anders als bei den Fluchtbewegungen in den Jahren zuvor. Es wurde innerhalb relativ kurzer Zeit eine gut funktionierende Infrastruktur errichtet. Freiwillige nehmen den

Rauch und Qualm von Lagerfeuern beißen in der Nase

Geflüchteten mit scheppernden Einkaufswagen das Gepäck ab. Dutzende Hilfsorganisationen verteilen Essen, Getränke und Kleidung. Mobilfunkanbieter haben Messestände aufgebaut, um kostenlose SIM-Karten zu verteilen. Während syrische Geflüchtete sich vor ein paar Jahren für ihre Handys rechtfertigen mussten, bekommen ukrainische Geflüchtete selbstverständlich SIM-Karten geschenkt.

Auch die verummten Polizist*innen geben sich hilfsbereit. Sie begleiten Frauen mit Kindern und Gepäck über die Gleise des Bahnhofs. Die Feuerwehr arbeitet unermüdlich, um die Geflüchteten mit Bussen in ein leerstehendes Einkaufszentrum zu transportieren, von wo Busunternehmen und Freiwillige mit ihren Autos die Menschen nach ganz Europa bringen. Niemand musste sich hier lange in der Kälte aufhalten. Es gab zu essen und zu trinken, sogar Verpflegungsstationen für die zahlreichen Haustiere wurden aufgebaut.

Ich war baff. War ich im gleichen Polen, von dem ich immer in den Nachrichten las? Das Polen, das Flüchtende in Wäldern erfrieren lässt, Helfende kriminalisiert und für viele Millionen Euro neue Zäune und Stacheldraht errichtet? Das Polen, das an seiner Grenze zu Belarus ein Sperrgebiet eingerichtet hat, in der die Grundrechte ausgehebelt sind? Wo beinahe täglich illegale Pushbacks stattfinden? Noch vor einigen Monaten überlegte ich, von der Situation an der polnisch-belarussischen Grenze zu berichten. Doch Kolleg*innen rieten davon ab. Freie Berichterstattung sei dort unmöglich.

Und doch – es ist dasselbe Polen

Ebenso wie die anderen Visegrád-Staaten, hat Polen seine Grenzen geöffnet, um den fliehenden Menschen aus der Ukraine Schutz zu gewähren. Eine Kehrtwende, denn es sind exakt dieselben Staaten, die die sogenannte Flüchtlingskrise 2015 erst zur Krise machten, indem sie sich vehement gegen eine gesamteuropäische Verteilung von Geflüchteten stemmten. Nun haben die EU-Innenminister*innen erstmals sogar die Massenzustrom-Richtlinie aktiviert. Die sieht vor, dass die ukrainischen Schutzsuchenden keinen Asylantrag stellen und kein Asylverfahren

durchlaufen müssen, sondern gleich einen Aufenthaltstitel für ein Jahr erhalten und damit arbeiten dürfen. Eine Verlängerung auf bis zu drei Jahre ist möglich. Von so einem privilegierten Leben können alle anderen Geflüchteten nur träumen. Ohne sicheren Aufenthaltsstatus sind sie nämlich während ihrer Asylverfahren oft jahrelang zum Nichtstun in Gemeinschaftsunterkünften verdammt.

In den letzten Jahren schien es in der europäischen Migrationspolitik nur eine Richtung zu geben: Verschärfung der Abschottungspolitik, die berühmte Obergrenze, das Massengrab Mittelmeer, die Kriminalisierung von Helfenden, Normalisierung illegaler Pushbacks, Finanzierung von kriminellen, sogenannten Küstenwachen, Frontex, unmenschliche Lager wie *Moria*. Die Liste ließe sich fast endlos erweitern.

Europa hat in den vergangenen Monaten seine Aufnahmebereitschaft für Geflüchtete entdeckt, und so erfreulich die plötzliche und unkomplizierte Aufnahmebereitschaft gegenüber Ukrainer*innen ist, so entlarvt sie die Doppelmoral der europäischen Migrationspolitik so deutlich wie nie. Das Problem ist offensichtlich nicht die Anzahl der Menschen, das Problem ist ihre Herkunft.

Einerseits Willkommensgesten, andererseits illegale Pushbacks

Nirgendwo wird diese Unterscheidung in „gute“ und „schlechte“ Geflüchtete so klar wie in Polen. Chronologisch geordnet und nachzulesen auf dem offiziellen

Twitter-Account des polnischen Grenzschutzes. Geflüchtete Ukrainer*innen zeigt man dort in bunten Videos. Grenzschützer empfangen die Schutzsuchenden herzlich, ziehen Rollkoffer hinter sich her oder tragen Kinder auf dem Arm. Scrollt man einen Post weiter, sieht man Aufnahmen einer Wärmebildkamera. Sie zeigt eine Gruppe Menschen als graue Silhouetten. Auf den ersten

Blick könnten es auch feindliche Kämpfer sein. Diese Bildsprache ist gewollt: Die Menschen sollen als Bedrohung wahrgenommen werden. Die Überschrift berichtet, die Geflüchteten aus Syrien, Iran, Irak und Jemen seien an der belarussischen Grenze festgenom-

Die Menschen sollen als Bedrohung wahrgenommen werden

men worden. NGOs informieren darüber, dass es dort nahezu täglich zu illegalen Pushbacks kommt und polnische und belarussische Grenzbeamte die Menschen in das Niemandsland zwischen den Grenzen prügeln. In den letzten sechs Monaten starben in den Wäldern dort mindestens 19 Geflüchtete, die meisten erfroren.

Und überall in Europa zeigt sich dasselbe Bild: Griechenland hat bis jetzt mehr als 16.000 Menschen aus der Ukraine aufgenommen. Gleichzeitig schickt die sogenannte Küstenwache Schutzsuchende aus dem Nahen Osten gewaltsam auf das offene Meer zurück oder sie bleiben tagelang auf Sandbänken im Grenzfluss Evros gefangen. Jeden Monat listet der *Aegean Boat Report* diese illegalen Rückführungen auf. Vor einigen Wochen sind in Lesbos sieben Leichen am Strand angespült worden. Diejenigen Menschen, die die lebensgefährliche Flucht mit Booten aus der Türkei nach Griechenland überleben, müssen teilweise jahrelang in gefängnisartigen Strukturen ausharren, während sie auf ihren Asylbescheid warten.

Umsiedlung, die das Aufgebaute zunichte macht

Bei dem Versuch, die Europäische Union von Libyen aus mit einem Boot zu erreichen, sind Anfang April dieses Jahres mehr als 90 Geflüchtete ertrunken. UNHCR-Chef Filippo Grandi, rief daraufhin die EU zum Handeln auf: „Europa hat bewiesen, dass es in der Lage ist, vier Millionen Flüchtlinge aus der Ukraine großzügig und effektiv aufzunehmen“, teilte er mit. Nun müsse es darüber nachdenken, wie es dies auf andere Geflüchtete und Migrant*innen in Not anwenden könne.

Vermutlich verhallt auch dieser Appell ungehört. So stehen diese Fälle nur exemplarisch dafür, wie fliehende Menschen aus afrikanischen Ländern und dem Nahen Osten seit Jahren systematisch daran gehindert werden, überhaupt erst einen Asylantrag stellen zu können. Und diese Ungleichbehandlung beschränkt sich, wie bereits erwähnt, nicht nur auf die Außengrenzen der EU. Zwei abschließende Beispiele

veranschaulichen das: Geflüchtete haben üblicherweise eine Residenzpflicht. Sie dürfen sich also nicht von dem ihnen einmal zugewiesenen Ort entfernen, um etwa Freund*innen in einer anderen Stadt zu besuchen. Wer dagegen verstößt, muss ein hohes Bußgeld zahlen. Ukrainische Geflüchtete können überall in der EU kostenlos per Bahn oder Bus reisen, also Reisefreiheit pur.

Ende März flog die Bundesregierung die ersten ukrainischen Geflüchteten von Moldau nach Deutschland aus. Währenddessen leben weiterhin tausende

Geflüchtete „mit geringer Bleibeperspektive“ in ständiger Angst vor einer Abschiebung oder davor, dass Behörden sie kurzerhand in eine für sie völlig fremde Umgebung umsiedeln. Erst vor Kurzem wurden die Bewohner*innen des Ankerzentrums Fürstentfeldbruck ins hundert Kilometer entfernte Waldkraiburg verlegt, um Platz für etwa tausend Ukrainer*innen zu machen. Die 135 Men-

schen aus Afghanistan und Jemen verloren ungefragt und über Nacht ihre jahrelang aufgebauten Strukturen wie Freundschaften, Alltagskontakte, Schule, Arbeit und Sprachkurse und wurden damit erneut zum Spielball der Politik.

Diese Praxis ist das Ergebnis eines jahrelang durch Gesellschaft, Medien und Politik verbreiteten Narrativs: Geflüchtete aus afrikanischen Ländern und dem Nahen Osten seien pauschal „Wirtschaftsflüchtlinge“. Obwohl auch Syrer*innen teils vor Putins Bomben flüchteten, scheinen nur Ukrainer*innen aktuell als wahre Kriegsflüchtlinge zu gelten. Leider liegt auch die Vermutung nahe, dass Europa die ukrainischen Geflüchteten mit offenen Armen empfängt, weil die meisten von ihnen weiße, christliche Frauen und Kinder sind, oft gut ausgebildet und damit auch als nützlich für die europäische Wirtschaft gelten.

Die Europäische Union hat seit Beginn der Invasion Russlands in der Ukraine mehr Menschen aufgenommen als in den Jahren der sogenannten Flüchtlingskrise 2015 und 2016 zusammen. Es wäre erfreulich, wenn man den Umgang mit ukrainischen Geflüchteten als Zeitenwende europäischer Migra-

Geflüchtete aus afrikanischen Ländern seien pauschal „Wirtschaftsflüchtlinge“

tionspolitik sehen könnte. Aktuell führt diese Politik allerdings eher zu einer bedrückenden Gleichzeitigkeit. Zum einen beweist die EU, dass sie fähig ist, fliehenden Menschen würdig und geordnet Schutz zu gewähren. Zum anderen gibt es eine beispiellose Ungleichbehandlung von Geflüchteten – je nach Herkunftsland, Religion und Hautfarbe.<



Raphael Knipping
*studiert in Hannover
Fotojournalismus
und arbeitet seit
Jahren als freiberuf-
licher Journalist. Im
Februar 2022
recherchierte er auf
Lesbos und im März
und April in Polen
und der Ukraine.*